

Verkaufsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angedruckt. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 293. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Donnerstag

24. Februar 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Bezugspreis: Dorothea-Verlag GmbH, Berlin SW 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 293.

Der Leipziger Konflikt beendet.

Die Dresdener Vereinbarung von beiden Parteien angenommen.

Dresden, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Zur Stunde steht das Abstimmungsresultat nur noch von einigen kleinen Bezirken aus, das jedoch an dem Gesamtergebnis nichts ändern kann. Nach den bisher vorliegenden Abstimmungszahlen ist im Leipziger Verwaltungsbezirk die Dresdener Vereinbarung mit etwas über 50 Prozent der Abstimmenden angenommen worden.

Die Unternehmer haben der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes mitgeteilt, daß sie die Vereinbarung von Dresden gleichfalls annehmen. Damit ist diese in Kraft getreten.

Entsprechend der Vereinbarung erfolgt also die Arbeitsaufnahme Freitag früh. Maßregelungen dürfen von keiner Seite erfolgen.

Der nunmehr beendigte Kampf ist auf Seiten der Arbeiterschaft mit einer bemerkenswerten Geschlossenheit geführt worden, an der auch die kommunistischen Störungsversuche nichts ändern konnten. Der Leipziger Kampf um den Achtstundentag wird in vieler Beziehung denkwürdig bleiben und bahnbrechend sein für die bevorstehenden Verhandlungen über die Arbeitszeit in der sächsischen und der mitteldeutschen Metallindustrie.

Die „Rote Fahne“ behauptet in ihrer Dienstnummer, daß die Dresdener Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes eine von der Opposition eingebrachte Entschliessung einstimmig angenommen hätten. Diese Behauptung ist ein ganz dummer Schwindel. Die Entschliessung wurde angenommen in einer schwach besuchten Belegschaftsversammlung im Sachsenwerk in Niederstedlich, wo die Kommunisten und Unionisten im Verein mit den sich in der Mehrheit befindenden Unorganisierten dominierten. Die Funktionärskonferenz hat jedoch diese Entschliessung

nicht, wie die „Rote Fahne“ behauptet, einstimmig angenommen, sondern mit erdrückender Mehrheit abgelehnt.

Auch in Berlin läuft mit dem 3. April der Manteltarif ab. Auch hier wird die Neuregelung der Arbeitszeit, die Wiederherstellung des Achtstundentages, die Einreihung der Arbeitslosen in die Produktion im Mittelpunkt stehen.

Ob es gelingen wird, auf dem Wege direkter Verhandlungen dieses Ziel zu erreichen, wird wesentlich abhängen von der Stärke und Geschlossenheit der gewerkschaftlichen Macht, die hinter den Unterhändlern steht. Auf das Schlichtungsverfahren noch irgendwelche Hoffnungen zu setzen, wäre nach den Erfahrungen der letzten Jahre verfehlt. Wenn es in Leipzig gelungen ist, nach verhältnismäßig kurzem Kampfe einen so schönen Erfolg zu erringen, dann danken das die Leipziger Metallarbeiter in erster Linie ihrer starken Organisation.

Für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Metallindustrie steht jetzt die Frage zur Entscheidung, ob sie hinter Leipzig zurückbleiben wollen.

Keine Kritik, wenn sie noch so scharf ist, kann von Wirkung sein, sofern sie von draussen geübt wird. Keine Unzufriedenheit, wenn sie noch so groß ist, wird auf die Unternehmerrückgrate machen, wenn sie nicht gepaart ist mit gewerkschaftlicher Organisation. Keine Ersparnis von Gewerkschaftsbeiträgen wiegt den Profit auf, der den Unternehmern daraus erwächst. Keine Mehrarbeit kann den Lohndruck einholen, den diese Mehrarbeit den Unternehmern erlaubt.

Je schlechter das Organisationsverhältnis, desto länger die Arbeitszeit. Je länger die Arbeitszeit, desto niedriger die Löhne. Berliner Metallarbeiter, auf die Schanzen!

Die Munition aus Rußland.

Was hat der Auswärtige Ausschuss festgestellt?

Aus den Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses weiß das „Berl. Tagebl.“ zu berichten:

Die gestrigen Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuss haben neues Material, abgesehen von der gestrigen Veröffentlichung des „Vorwärts“ über Ueberweisung von 50 000 Dollars des sogenannten Wirtschaftskontors, nicht mehr gebracht. Wohl aber konnte man aus den Erklärungen der Vertreter der Reichsregierung entnehmen, daß offenbar im großen und ganzen das veröffentlichte Material über die Beziehungen von gewissen Stellen des Reichswehrministeriums zu mehr oder weniger amtlichen Organen der Sowjetrepublik den Tatsachen entspricht. Die Veröffentlichungen des „Manchester Guardian“ über diese Beziehungen und die späteren Veröffentlichungen in einem Teil der deutschen Presse entsprechen, wie sich zeigte, abgesehen von Einzelheiten, der Sachlage.

Danach könnte man annehmen, Einzelheiten seien bestritten oder widerlegt worden. Das war aber nicht der Fall. Die Regierung beschränkte sich vielmehr darauf, eine geschichtliche Erklärung der geschilderten Erscheinungen zu geben und zu versichern, daß der ganze Tatbestand nunmehr der Geschichte angehöre.

Die „Tägliche Rundschau“ bestätigt — was man ja schon seit Dezember v. J. weiß — daß die Bestellungen von Munition aus Rußland schon unter Wirths Kanzlerschaft erfolgten, und sie fährt fort:

Daß man die Bestellungen in Rußland aufgab, wird wohl an der damaligen Unsicherheit der innerdeutschen Verhältnisse gelegen haben. Offenbar sind dann die Bestellungen erst in späteren Jahren ausgeführt worden, so daß die letzten Abnahmen erst im vorigen Jahre erfolgten.

Die kommunistische Führerschaft fährt jedoch, wie sich aus der heutigen „Roten Fahne“ ergibt, unentwegt fort, erweisen die Tatsachen abzuleugnen und die Sozialdemokratie der Lüge zu zeihen, weil sie die Wahrheit festgestellt hat. Daß diese fortgesetzte Irreführung der kommunistischen Arbeiter in gutem Glauben erfolgt, ist nach der gestrigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vollkommen ausgeschlossen.

Das erste öffentliche Geständnis!

Heute morgen fand im Hauptauschuss des Reichstags die allgemeine Aussprache über den Marinetat statt. Der kommunistische Abgeordnete Creutzburg beendete seine Rede mit den Worten, die Rüstungen Deutschlands zu Wasser und zu Lande dienen nur imperialistischen Zwecken, vor allem gegen Polen.

Genosse Künstler rief ihm zu: Warum hat Sowjetrußland der Reichswehr Munition für diese Zwecke geliefert? Creutzburg antwortete:

„Diese Munitionslieferungen gehen auf die Jahre 1921/22 zurück. Damals hatten wir ein anderes Deutschland als heute.“

Ein vollendetes öffentliches Geständnis! Nebenbei: damals schimpften die Kommunisten noch lauter auf die Republik als heute.

Für Sparsamkeit im Wehretat.

Sozialdemokratische Vorschläge zu ihrer Durchführung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bekanntlich ihre Forderungen auf Abstriche im Reichswehretat (Heerwesen) im einzelnen gestellt. Bei den fortdauernden Ausgaben wird die Streichung von rund 50,7 Millionen verlangt; die einmaligen Ausgaben sollen um 3,58 Millionen gekürzt werden. Insgesamt verlangt die Sozialdemokratie also eine Senkung des Heeresetats um 54,3 Mill. bei einer Gesamtausgabe von 472 Mill. Mark.

Die Bürgerblockparteien haben jedoch diese Streichungsanträge einem Unterausschuss überwiesen, doch sind sie gegen die Stimmen von Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten abgelehnt worden!

Die Bürgerblockparteien wollen 220 000 Mark im ganzen Wehretat streichen! Der Finanzminister des Bürgerblocks hielt 150 Millionen Mark Streichungen für möglich.

Ein Kommunistschwindel.

Um ihre Verlogenheit in der Frage der Sowjetgranaten zu verdeutlichen, greift die „Rote Fahne“ zu neuen Lügen. Sie behauptet, daß die SPD im Hauptauschuss trotz Ablehnung ihrer Streichungsanträge „offen Positionen des Wehretats zugestimmt habe.“

Diese Behauptung ist erlogen. Es ist eine Erfindung der „Roten Fahne“. Der Sachbearbeiter der SPD im Hauptauschuss vermahnt sich selbst dagegen, diese verlogene Mitteilung der „Roten Fahne“ veranlaßt zu haben.

Plötzliche Erkrankung Paul Löbes.

Er wird heute abend am Blinddarm operiert.

In den Mittagsstunden wurde im Reichstag bekannt, daß der Reichstagspräsident, Genosse Paul Löbe, plötzlich an Blinddarmentzündung erkrankt sei und noch heute abend 6 Uhr operiert werden muß.

Er fühlte sich bereits gestern krank, mußte jedoch wegen des von ihm im Präsidentenhaus veranstalteten Parlamentarischen Abends das Bett verlassen. Inzwischen hat eine von Professor Zondek vorgenommene Untersuchung die Notwendigkeit einer unverzüglichen Blinddarmoperation ergeben, die von Professor Borhardt in dessen Klinik gegen 6 Uhr vorgenommen werden wird.

England an Rußland.

Drohung mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Die angekündigte ultimative Note Chamberlains an die Sowjetregierung ist gestern in London dem russischen Geschäftsträger überreicht worden. Sie beginnt mit der Feststellung, daß die englisch-russischen Beziehungen „weiterhin notorisch unbefriedigender Art“ seien. Sie erinnert an die feierliche Verpflichtung, die Sowjetrußland am 4. Juni 1923 eingegangen war, „nicht mit Fonds oder in irgendeiner anderen Form Personen oder Körperschaften oder Agenturen oder Einrichtungen zu unterstützen, deren Ziel es ist, Unzufriedenheit zu verbreiten oder Aufstand in irgendeinem Teile des britischen Reiches anzufachen und ihren Bevollmächtigten und Beamten die volle und fortdauernde Beobachtung dieser Bedingungen einzuprägen.“ Dieses Abkommen sei in einer Note MacDonalds an Rakowski am 24. Oktober 1924 in Erinnerung gebracht worden. Die Note erklärt dann:

„Solange die augenblicklichen Herrscher der U.S.S.R., mögen sie Mitglieder der Regierung oder Mitglieder des Politbureaus sein, das die wirkliche beherrschende Autorität in der Union ist, dabei beharren, öffentlich Äußerungen zur Schmäherung Großbritanniens oder zugunsten einer Weltrevolution zu machen, ist keine Besserung möglich.“

Private Beteuerungen der Sowjetvertreter in England seien mit der öffentlichen Haltung der führenden Männer in Rußland vollkommen unvereinbar. Der verstorbene russische Geschäftsträger Krassin hätte ihm, Chamberlain, im Oktober 1926 im Auftrage Moskaus erklärt, daß „es der wirkliche Wunsch der Sowjetregierung sei, alle Ursachen von Schwierigkeiten zu beseitigen und freundschaftlichen Beziehungen mit der Regierung Seiner Majestät herzustellen.“ Zu gleicher Zeit sei aber „ein regelrechter Feldzug öffentlicher Verleumdungen und Entstellungen gegen Großbritannien“ im Gange gewesen, an dem sich sogar Tschitscherin beteiligt hätte.

Die Note bezeichnet die russische Auffassung, daß „Großbritannien dauernd damit beschäftigt sei, gegen die U.S.S.R. Komplote zu schmieden“ und zu diesem Zwecke die Politik der baltischen Randstaaten und Persien in russenfeindlichem Sinne zu beeinflussen, als eine „fize Idee, die ebenso unlogisch wie unbegründet“ sei. Eine „eingewurzelte, vielleicht sogar gefühlsmäßige Feindseligkeit“ der Sowjetbehörden gegenüber England veranlasse diese, besondere Wichtigkeit gegenüber allen derartigen falschen Gerüchten und Nachrichten zur Schau zu tragen, wie insbesondere die feindselige Rede beweise, die Tschitscherin selbst am 6. Dezember vor Pressevertretern in Berlin gehalten habe. Die Note führt noch weitere feindselige Äußerungen anderer amtlichen Persönlichkeiten Sowjetrußlands an — Werschilow, Unschicht, Kamenev — und fährt dann fort:

„Nach aggressiver in ihrer Feindseligkeit gegenüber dem Britischen Reich ist das Hauptorgan der kommunistischen Partei, das Politbureau, das trotz aller gegenteiligen Versicherungen die wirkliche Regierung Rußlands ist.“ Die Note führt als Beweis Stellen aus Reden Bucharins über die chinesischen Fragen an und fährt fort: Diese Angriffe Bucharins auf das Britische Reich haben die direkte Billigung der Sowjetregierung durch die Rede Rakoffs am 3. November erhalten. Die Stellen der Bucharin-Rede über China zeigen, wie zwecklos es ist, vorzugeben, daß die Angriffe auf britische Interessen in China nicht von der Sowjetregierung angeleitet und von ihr geleitet sind. Die Politik der Ermutigung und Unterstützung dieser Angriffe wird außerdem offen vom früheren Sowjetbotschafter in Peking Karachan in einer Rede in Wladiwostok zugegeben.“

Sodann macht die Note Chamberlains die Sowjetregierung „direkt dafür verantwortlich, was in der „Iswestija“ und der übrigen Sowjetpresse erscheint und führt als Beispiele an:

„Das Schreiben des Volksauschusses der kommunistischen Internationale zur Unterstützung des Generalkomitees in Großbritannien und die schwer beleidigende und lügenhafte Ausföhrung in der Nummer vom 29. Dezember, die darstellt, wie sehr in England der Hinrichtung der italienischen Kommunisten Beifall gezollt werde.“

Dann erklärt die Note, daß es nicht die Absicht der britischen Regierung sei, sich in eine Kontroverse mit den Sowjetführern einzulassen, vielmehr wolle sie durch diese Note zeigen, daß ihre bisherige Duldsamkeit weder als Unkenntnis der sowjetrussischen Absichten noch als Zustimmung „zu den beispiellosen Beziehungen zwischen den beiden Ländern“ gedeutet werden dürfe. Die wenigen angeführten Beispiele, die aus öffentlichen Quellen entnommen seien könnten, „um zu zeigen, welche Geduld und Nachsicht angesichts wiederholter und fast unerträglicher Herausforderungen“ bisher von England geübt worden sei. Sie schließt mit folgender Warnung:

„Die Regierung Seiner Majestät hat mit den inneren Angelegenheiten Rußlands und mit seiner Regierungsform nichts zu tun. Alles was sie fordert, ist, daß diese Regierung sich der Einmischung in rein britische Interessen enthalte und von feindseligen Vorgehen oder von der Propaganda gegen britische Untertanen abstehe. Aber sie erachtet es für notwendig, die U.S.S.R. mit den ernstesten Worten darauf hinzuweisen, daß es Grenzen gibt, und daß die Fortsetzung von Handlungen, wie die,

über die hier Beschwerde geführt wird, früher oder später die Aufhebung des Handelsabkommens, dessen Bestimmungen so offensichtlich verletzt werden sind und sogar die Lösung der gewohnten diplomatischen Beziehungen unvermeidlich machen muß."

Die Verschärfung der englisch-russischen Gegensätze, die in der Note der englischen Regierung ihren Ausdruck findet, darf aus, von den Völkern, die verhältnismäßig „weit vom Schuß“ sind, nicht als eine für sie gleichgültige Sache betrachtet werden. Denn, wenn es auch Unsinn ist, von einem nicht bevorstehenden Kriege zu sprechen, da beide Staaten tausend Gründe haben, ihn zu vermeiden, so muß doch schon die entfernte Möglichkeit eines in absehbarer Zeit zu erwartenden Zusammenstoßes zwischen ihnen für die gesamte Weltpolitik schwerwiegende Folgen haben. Folgen, die sich auch bei uns in Deutschland fühlbar machen werden.

Deutschland muß seiner geographischen wie seiner politischen Lage nach bestrebt sein, sowohl mit England als auch mit Rußland gute Beziehungen zu unterhalten. Darum kann es in keinem Fall seine Aufgabe sein, einen der beiden Gegner gegen den anderen zu heben oder in seinen Angriffen zu ermutigen. Es hat im Gegenteil alles Interesse daran, daß die Gegensätze wieder ausgeglichen werden und daß insbesondere eine politische und diplomatische Ausrüstung des europäischen Ostens unterbleibt, die für Deutschland als Nachbarland die schlimmsten Folgen haben könnte.

Deutschland kann sich also weder an England noch an Rußland anschließen, wenn es nicht in Gefahr geraten will, für fremde Interessen mißbraucht zu werden. Desto deutlicher stellt sich die Notwendigkeit heraus, mit Frankreich eine viel engere Fühlungnahme herzustellen, als sie zurzeit besteht. Deutschland und Frankreich stellen, wo sie vereint auftreten, eine Macht dar, die überall ihrer Stimme Gehör verschaffen und wirksam ihre Interessen verteidigen kann. Vor allem haben sie vereinigt die Macht, den Frieden des europäischen Kontinents gegen alle Eventualitäten sicherzustellen.

Eine irgendwie leidenschaftliche Teilnahme für England und seine konservative Regierung ist in Deutschland nirgends zutage getreten. Die „Konten Chamberlains“, von denen die kommunistische Presse Deutschlands voll ist, sind ein ähnliches Phantasienerzeugnis wie die Spione und Goldautos vom August 1914. Andererseits ist die Neigung, einseitig gegen England zugunsten Rußlands Partei zu ergreifen, in Deutschland nur auf enge Kreise beschränkt. Diese Kreise sehen in Rußland gegenüber dem kapitalistischen England mit Unrecht die Vertörperung des „sozialistischen“ Prinzips. Sie übersehen dabei, daß der russische „Sozialismus“ von äußerst zweifelhafter Art ist — so daß die Arbeiter im konservativ regierten England heute immer noch bedeutend freier und besser leben als im bolschewistisch regierten Rußland — und daß der englisch-russische Gegensatz viel älter ist als die russische Revolution.

Den durch den englischen Imperialismus unterdrückten Völkern gehören unsere Sympathien. Aber daß wir uns zu ihrer Befreiung in einen neuen Weltkrieg stürzen, werden sie wohl selber nicht verlarven. Für uns, das heißt für Deutschland, bleibt also nichts als der feste Entschluß zur Neutralität und die Sicherung dieser Neutralität durch Zusammenschluß mit Gleichgesinnten. So kommt man eben wieder auf die Formel zurück: Deutschland und Frankreich!

Die Aufnahme der Note in England.

Chamberlains Note wird von der gesamten englischen Presse allgemein gebilligt, mit Ausnahme der „Daily Mail“, die sie nicht scharf genug findet. Dieses Blatt wirft Chamberlain Rückgrifflosigkeit und Schwächheit vor, weil sie „eine Gefellschaft von Banditen so behandle, als ob es eine ehrenhafte Regierung wäre“. Alle anderen Blätter, sowohl die konservativen wie

die liberalen begrüßen es dagegen, daß Chamberlain den extremen Forderungen des scharfmacherischen Flügels in der Baldwin-Regierung nicht nachgegeben habe.

Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ bezweifelt die Klugheit dieses Schrittes, der lediglich die zwecklose und gefährliche Methode der gegenseitigen Beschuldigungen fortsetze. Er erinnert daran, daß England und Rußland zu Radonals Regierungszeiten verständig untereinander verkehrten und meint, daß auch englische Kabinettsmitglieder wie Churchill, Birkenhead und Bonson-Hids sowjetfeindliche Reden gehalten hätten.

Wieder preisgegeben . . .

Aber von wem?

„Liebe und Haß der Grenzer“ nennt ein wortstarker Ostpreuße, der zu jedem Satz, den er schreibt, mindestens einen Franzosen und einen Polen verflucht, einen Aufsatz, aus dem nach der „Deutschen Zeitung“ die „Seele des deutschen Mannes“ spricht. Und er beginnt seine blutrünstigen Tiraden mit diesen resignierten Feststellungen:

„Es ist doch also eingetroffen, was wir Ostpreußen immer befürchtet haben. Wieder sind wir preisgegeben worden. Zweiundzwanzig sogenannte Festungswerke sollen dem Erdboden gleichgemacht werden.“

Leider vergißt der biedere Ostpreuße, uns anzugeben, von wem denn seine Landesteile „preisgegeben“ worden sind. Es war das Kabinett des Bürgerblocks, das am 31. Januar der Vereinigung der Ostfestungsfragen zugestimmt hat. Und als dann, in jenen peinlichen Geburtsstunden der schwarzblauen Allianz, die Deutschnationalen sich in bekanntem Heroismus um die Verantwortung drücken wollten, wurde durch WTB „offiziell festgestellt, daß das Kabinett einmütig beschlossen hat, die Verantwortung für die Instruktionen an General von Pawels zu übernehmen.“

Ja, die armen Ostpreußen! Schände preisgegeben von den Großfeindbewahrern der deutschen Seele, den schwarzweißroten Erbpächtern des wahren und unverfälschten Patriotismus!

Republikanischer Straftarif.

Völkischer Ueberfall auf Reichsbanner = 20—30 M.

Wie erinnerlich, wurde das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Schneidemühl auf dem Rauhausewege von der Fahnenweihe Kroatjan am 5. September 1926 am dortigen Bahnhof überfallen. Es wurden mehrere faustgroße Steine in den marschierenden Zug geworfen. Am Dienstag, dem 22. Februar, fand die Gerichtsverhandlung statt. Die drei Angeklagten waren Knechte, die ohne Zweifel von einigen Hintermännern zu dieser Tat veranlaßt wurden. Sie gaben die Tat ohne Umschweife zu. Der Staatsanwalt brachte zum Ausdruck, daß die Tat als außerordentlich roh und brutal bezeichnet werden muß, ließ jedoch mildernde Umstände walten, da die Angeklagten bisher unbestraft waren und ihr geistiges Niveau zur Austragung politischer Kämpfe außerordentlich tief liegt. Er beantragte für zwei Angeklagte 50 M., für einen 25 M. Geldstrafe. Der Berichtshof meinte, daß eine Sprengung des Juges, wie ursprünglich angenommen wurde, nicht in Frage kommt, da die Angeklagten hierzu nicht in der Lage waren.

Es erhielten zwei Angeklagte 30 M. und ein Angeklagter 20 M. Geldstrafe. Die Tragung der Kosten des Verfahrens wurde den Berufurteilen auferlegt. Frage: Wie wäre es in solchem Falle Reichsbannerleuten ergangen?

Völkischer Krach.

Straffer tritt aus der völkischen Reichstagsfraktion aus.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Straffer hat, wie wir hören, seinen Austritt aus der Fraktion der völkischen Arbeitgemeinschaft erklärt mit der Begründung, daß er sich durch den Artikel des Abg. v. Ramin im „Deutschen Tageblatt“ vom 17. d. M. wegen der darin enthaltenen Behauptungen über das Verhältnis von Hitler zur Großindustrie persönlich verletzt fühle. Durch diesen Austritt verliert die völkische Fraktion zunächst die Fraktionsstärke.

Soldatenmißhandlung.

Ein „minder schwerer“ Fall — 1 Monat strenger Arrest.

Stuttgart, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Unteroffizier Hermann Junt von Reiterregiment 18 in Cannstatt hatte einen Musiker mit dem Namen Stiefel beauftragt, da er keinen eigenen Puffer hatte. Eines Tages gab er ihm wieder zwei Paar Reittüfel. Der Musiker machte ihn darauf aufmerksam, daß ihm die Schuhwische ausgegangen sei. Aber das berührte den Unteroffizier nicht. Als er die Stiefel nicht nach einiger Zeit gepußt zurückgab, ohrfeigte er den Musiker und warf ihn an die Wand, so daß dieser die Flucht ergreifen mußte. Am Abend legte Junt die Mißhandlungen fort, ließ den Musiker stülpen, schlug ihn mehrmals ins Gesicht und auf den Kopf, daß er taumelte, an einen Kasten fiel und die Brille verlor. Dann stieß er ihn mehrmals mit den Füßen ins Gesicht und ohrfeigte ihn derart, daß er an einem Ohr blutete. Der Musiker war infolge der Mißhandlungen einige Tage dienstunfähig.

Eine Gerichtsverhandlung vor dem Schöffengericht Stuttgart II bestätigte diese Vorgänge. Der Staatsanwalt beantragte gegen Junt unter Verlesung mildernder Umstände zwei Monate 15 Tage Gefängnis. Das Urteil des Gerichts lautete nur auf einen Monat strengen Arrest, weil es den Fall selbstmerkwürdig als „minder schwer“ ansah.

Diaz liefert sein eigenes Land aus.

Protectoratsangebot an die Vereinigten Staaten.

Paris, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der „Petit Parisien“ meldet aus Washington, daß die gegenwärtige konservative Regierung von Nicaragua der amerikanischen Regierung einen Vertrag angeboten hat, nach welchem Amerika vierzehn Jahre lang das Protectorat über Nicaragua übernehmen sollte. Nicaragua hätte dem Vertrag zufolge kein Recht mehr, mit einem anderen Lande irgendeinen Vertrag handelspolitischer oder politischer Art einzugehen, ohne die Zustimmung der Vereinigten Staaten einzuholen. Die Vereinigten Staaten würden ebenfalls einen Präsidenten für die finanzielle Leitung von Nicaragua ernennen, der ein Veto recht über alle öffentlichen Ausgaben ausüben könnte.

Kellogg soll durch Houghton ersetzt werden.

Paris, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Washington wird gemeldet, daß aller Voraussicht nach der Staatssekretär Kellogg zurücktreten wird. Seine Stellung sei durch die Ereignisse in Nicaragua und Mexiko erschüttert. Als Nachfolger komme der gegenwärtige amerikanische Botschafter in London, Houghton in Betracht.

Die Wirren in China.

Weitere englische Truppentransporte nach Schanghai.

Hongkong, 24. Februar. (Reuter.) Die englischen Transportschiffe Regantic und Karmala werden Hongkong nicht anlaufen, sondern direkt nach Schanghai gehen. Das Transportschiff Karmala wird in Schanghai lediglich Tanks landen und mit den Truppen nach Hongkong zurückkehren.

Allgemeine Empörung über den Massenmörder Lipaotchen

London, 24. Februar. (WTB.) Der Sonderberichterstatter der „Chitago Tribune“ in Schanghai meldet unter dem 23. Februar: Die chinesische Handelskammer und die Vereinigung der Bankiers und andere öffentliche Körperschaften in Schanghai haben öffentlich gegen das brutale Vorgehen des Kommandanten von Schanghai Lipaotchen protestiert. Dieser habe insgesamt über 60 Arbeiter und Studentenführer hingerichtet lassen, darunter einen zehnjährigen Knaben (!). Infolge der Entzweiung der Bevölkerung sind die zur Schau gestellten abgeschlagenen Köpfe entfernt worden, auch die öffentlichen Hinrichtungen wurden eingestellt, es heißt jedoch, daß die Hinrichtungen hinter der Mauer des militärischen Hauptquartiers fortgesetzt würden.

Spieler um den grünen Tisch.

Von Erich Gottgetreu.

Monte-Carlo, im Februar.

Die Filmregisseure lügen. Die Herrlichkeit der Côte d'Azur mit ihren tiefen, blauen Buchten, jähstürzenden Klippen, gewaltigen Felsen, können sie zwar nicht gut umschreiben, aber wie sie uns die Spieler von Monte-Carlo auf der weißen Leinwand zeigen lassen, das ist ganz falsch. Man zeigt uns Paradiese, die außer Spielen und unter Palmen wandeln überhaupt nichts tun. Man zeigt uns Leute, die wenn der große Coup nicht geglückt ist, sich eine Angel durch den Kopf jagen. Nein, die Spieler von Monte-Carlo, wenigstens die nach dem Kriege, sind völlig anders; und wenn hin und wieder der stumme Zuschauer einen Schuß übers Meer hallen und zwischen den Felsen schallen hört, dann stammt der gewiß von einem jener modernen Taubenmarder der obersten Gesellschaft; 75 000 Franken sind in diesem Jahre allein für den Preis von Monaco ausgelegt, der Eintritt zu diesem „Fest“ kostet 600 Franken, und so geht das alle Tage.

Was aber in dem unschönen Zuckergußrasen um die großen Tische der weißen Säle sieht, nie ein Wort spricht, niemals lächelt und 100 Franken mit derselben etwas verbissenen Geste auf den Tisch wirft wie 1000 und 12 000, indes die Roulette sich so eifrig dreht wie das tibetanische Gebetsrad — das stammt aus deiner nächsten Umgebung. Vielleicht nicht gerade aus deinem Milieu; denn „Arbeiter, Studenten und Leute, die nicht in unabhängiger Stellung“ sind, ist der auch für den Nichtspieler ziemlich teuer zu bezahlende Eintritt nach Artikel 3 des Spielreglements verboten. Arbeiter und Studenten haben an der Riviera nichts zu suchen. Arbeiter und Studenten sollten Kummelblättern spielen. Bevor man die Spieltische betreten darf, muß man sich denn auch einer sorgfältigen Kontrolle der Papiere unterziehen.

„Faites votre jeu, messieurs.“ — „Rien ne va plus.“

An dem monte-carlinischen Tanz um goldene Raib beteiligten sich, bewehrt mit einem kleinen Klotzblock voller geheimnisvoller, Gewinn und Verlust buchender Ziffern, Zeichen und selbst graphischer Darstellungen, Fabrikbesitzer, wirkliche und falsche Geheimräte, Berzler, Richter und überhaupt lauter brave Leute, meistens Vertreter gutbürgerlicher Berufe. Man kann ihnen ruhig im Dunkeln begegnen, keiner wird einem was tun. Die Spielleidenschaft wohnt in jedem Menschen, gleichgültig, ob er in Oberfrank geboren wurde oder in Philadelphien, und niemand wird es dem keine 20 000 Seelen zählenden Riesenreich Monaco weiter verübeln, daß es sich diese Eigenart für seinen Steuerbesitz zunutze macht; denn Monaco selber ist der Zutritt zu ihrem Kasino nicht gestattet — so sorgt der Fürst, auch eine wichtige Persönlichkeit, vortürlich für seine Landesfinder.

Das Korallische hängt also noch nicht beim Staatlichen und Prinzipien an, sondern eigentlich erst in jener Sekunde, in der

man zum erstenmal beobachtet, daß hier dieselben Augen auf die grünen, sechsunddreißigfach beziffernten und geldpreßlosten Tische glieren, die den Arbeiter unerweidlich hart ansehen, wenn er Lohn-erhöhung fordert, die den Schwachen verletzen, wenn er Hilfe sucht, den Ermüdeten beleidigen. Hier hocken Menschen, die den Untergehenden treten, treten, treten. Sage nicht einer, daß man sich in der Beurteilung von Gesichtern zu leicht täuschen kann! Außer Herrn Ten Holt in Magdeburg weiß zwar niemand, wie ein Rörder aussieht, aber so den rechten ekelhaften Kerl erkennt man doch. Die Frauen, die hier sitzen, und es sitzen ihrer fast mehr hier als Männer, sie sind, auch wenn sie jetzt kein Wort reden, bestimmt eifrige Klatschbuben, gräßliche Schwiegermütter und leidende Vorgesetzte ihrer Hausangehörigen. Gute Frauen sehen ganz anders aus, und interessanter genug, schön ist von denen, die an der langen Sitzung um den heiligen Tisch teilnahmen, keine. Die paar Schönen im Saal sitzen auf den ledernen Fensterbänken als Zuschauer, blicken hinaus auf Palmen und Meer oder arbeiten im Spiegelganz und Schweiß des eigenen Angesichts mit Lippenstift und Puderquaste.

Man kann gewiß nicht die in der Welt vorhandene Ethik äußerlich pfeifen und dünnweise auf die verschiedenen Gesellschaftsklassen und Betätigungssphären verteilen, und Schelte gibt es, bei Gott, überall. Aber das kann man heute in Monte-Carlo doch feststellen: Die Anständigen eckeln es, von morgens um zehn bis nachts um zwölf am Spieltisch zu sitzen, zu liegen, zu zählen, zu wechseln, zu gewinnen und zu verlieren. Wenn auch der große englische und amerikanische Rabanquespieler, dem die Säle von Monte-Carlo vor allem ein Sportrevier sind, gelegentlich aufkaut, der Typ dieser Hallen ist der schwerere, aber unzufriedene Kleinbürger, der internationale Kaffe und Neureich. Monte-Carlo ist sein Tempel. Monte-Carlo ist sein Triumph oder Untergang — auf je 6 Monate.

Das Geld für die Rückreise liegt separat im Porteföhl.

Der Dichter Ernst Toller, der ein ausgezeichnete Interpret seiner Werke ist, fand bei seinem Vortragabend im Blüthner-Saal eine zahlreiche Zuhörerzahl, die er gleich in den Bann seiner Persönlichkeit zog. Nach immer umkreist sein Schaffen das Erlebnis der Revolution. Stolz und einbringlich, prophetisch mahnend, in seiner Rede „Die deutsche Revolution“. In seinen „Dramatischen Szenen Berlin 1919“ trefflich gelingt es ihm nur selten, den Blutodem jener Wochen einzulösen. Seine „Russischen Reisebilder“ sind plastisch geschult, mit fühlendem Herzen erlebt, aber doch auch kritisch betrachtet. Der scharfe Geist des Dichters spürt massenpsychologische Probleme auf. Ein kleines Kabinettstück war seine Beschreibung einer im Mosauer Satirischen Theater gespielten Komödie, die in wunderbarer Selbstpersiflage die revolutionäre Namensgebung eines roten Weltbürgers durch einen Abgeordneten der Fabrik mit anschließender heimlicher Tausch durch den Popen wiedergibt. Seine Geschichten, teils derber Humor, teils zugespitzte Erzählung, fanden viel Beifall. Am Schluß des interessanten Abends las Toller noch einige Gedichte aus seinem „Schwalbenbuch“. B. Sch.

Staatsoper („Der Barbier von Sevilla“). Das Schauspielhaus ist jetzt die Stätte, an der Prof. hört sein Repertoire für das Lindenhaus vorbereitet. Dieses Haus kommt dem Geist der komischen und der Spieler durch Intimität und Wärme entgegen. Wenn Birchman nun gar auf der Bühne noch Verfeinerungen schafft, freundliche und anheimelnde Zimmer mit verführerischen Umrahmungen stellt, so bekommt das Spiel in Rossinis „Barbier“ etwas puppenhaft Lustiges. Szell leitete die Auf-führung, die Stimmung verursachte, ausgezeichnet, indem er das Buffoelement derb, das Koloraturhafte hart ansetzte und wiedergab. Karl Haushung lang sich langsam ein, spielte aber dann den Grafen mit Gelentigkeit, der bei früherer Routine auch der Gelentigkeit des gut klingenden Tenors folgen wird. Ueberaus komisch der Bartholo von Heinrich Schulz, der neue Ränken der vornehmen Klasse zu den allgewohnten Scherzen fügte. Im Schöngesang brillierte Schlusnus, der nach Temperament und seelischer Artung kein Figaro ist. Gitta Wipar, jung und gewandt, beheldend und doch lustig, wird mit ihrem etwas gefeierten Sopran der Rosine zwar noch nicht ganz gerecht, aber es ist ein Suchen nach Leichtigkeit, nach der Sicherheit der höchsten Koloraturen da. Und solche Sängerin bleibt auch im Beginn ihrer Entwicklung ein Gewinn. Viel Spök machten dem Publikum die wie Orgelpfeifen ausgezogenen Soldaten. R. S.

Die diesjährige Große Berliner Kunstausstellung. Die in diesem Jahre zum ersten Male vom Kartell der vereinigten Verbände bildender Künstler Berlins veranstaltete Große Berliner Kunstausstellung findet in der Zeit vom 30. April bis 30. September im Landesausstellungsgebäude gleichzeitig mit der Jahresfesten Kunstschau, aber von dieser getrennt, statt. Die Ausstellungskommission, deren Vorsitzender der Maler Eugen Spiro ist, gehören an: die Maler Erich Fejerabend, Rob. Stübner, Ernst Trüsch, Augusta v. Jizewitz, Prof. Ludw. Dittmann, Otto Antoine, Wolf Ködritz, Oskar Nerlinger, Otto Müller, Hans Bremer, Hanna Rehls und Franz Martin Lünstroth; die Graphiker Hans Bastianer und Hans Steiner; die Bildhauer William Bauer, Oswald Herzog, Prof. Walter Hauschild, Prof. Artur Lewin-Funde, Prof. Zug. Kraus; die Architekten Hugo Häring, Ludwig Hilberseimer und Prof. Heinz Tessenow. — Die Anmeldung der Kunstwerke ist vom 15. März bis 1. April. Ausstellungspapiere von der Geschäftsstelle im Landesausstellungsgebäude (Hansa 222), die vom 1. März an geöffnet ist.

Mitgliederwahl in der Akademie der Künste. Der Kultusminister hat die Neuwahl von Mitgliedern in der preussischen Akademie der Künste bestätigt. Es sind gewählt worden: von der Sektion für die bildenden Künste der Graphiker Hans Reid in Berlin, der Maler Karl Walfert in Zürich, die Architekten Peter Behrens in Wien, Paul Schmittbühner in Stuttgart und der Graphiker Bernhard Pantok in Stuttgart. Von der Sektion für Musik wurden gewählt: Arnold Schönberg in Berlin, Paul Hindemith in Frankfurt a. M. und Leo Janacek in Prag. In der Sektion für Dichtkunst sind Neuwahlen nicht vorgenommen, da erst im Oktober 1926 eine Wahl von Mitgliedern erfolgt ist, die für das Jahr 1927 gilt.

Städtische Kunstbibliothek, Prinz-Albrecht-Str. 7a. In der Vortragreihe „Kunstblätter“ spricht am 28. Prof. G. A. Brindmann-Köln über „London“.

Es dämmert!

Empörung über die Sowjetgranaten auch bei den Kommunisten.

Die Berliner Organisation der KPD. hat einen Bezirksparteitag abgehalten, um den kommunistischen Reichsparteitag vorzubereiten. Auf diesem Bezirksparteitag ist eine Resolution beschlossen worden, in der es heißt:

„Die Regierung des Bürgerblocks ist der Ausdruck der imperialistischen Wendung in der Geschichte der deutschen Bourgeoisie. Der deutsche Imperialismus wächst unter Widerständen und Schwierigkeiten. Er sammelt seine Kräfte jedoch nicht nur aus der relativen Stabilisierung seiner Wirtschaft und der Verleumdung des Proletariats, sondern aus den Gegensätzen zwischen den imperialistischen Großmächten Amerika, Frankreich und England einerseits, als im ebenso wachsenden Gegensatz zwischen der ganzen imperialistischen Welt und Sowjetrußlands andererseits. Die Widersprüche des deutschen Imperialismus, die nach einer Lösung auf der Arena des internationalen imperialistischen Konkurrenzkampfes streben, erschweren den Kampf gegen den deutschen Imperialismus, weil sie den breiten Massen Illusionen von einem entlasteten, also imperialistisch scheinbar ohnmächtigen Deutschland vortäuschen. Diese Illusionen werden von der SPD. absichtlich gefördert.“

Erstens: es gibt einen sowjetrußischen Imperialismus, der Rußland bisher am Beitritt zum Völkerbund verhindert hat. Man schreit bei der KPD., um ihn zu verdecken.

Zweitens: warum hat Sowjetrußland — wenn die These des Berliner Bezirksparteitages der KPD. richtig wäre — den „neuen deutschen Imperialismus“ bewaffnet? Warum die Sowjetgranatenlieferungen?

Auf diesem Bezirksparteitag war die kommunistische Opposition in beträchtlicher Stärke vertreten.

Sie bestand im wesentlichen aus zwei Gruppen, der Gruppe Urbahn-Bartsch-Orglewitz und der Gruppe Weber. Die Gruppe Orglewitz griff scharf den Kurs der russischen Außenpolitik an. Der Bericht der „Roten Fahne“ läßt ihren Wortführer sagen:

„Nicht nur die KPD., auch die gesamte Komintern verfaßt. Die Kommunisten haben das verräterische Verhalten des englischen Generalrats gebilligt (auf Zwischenrufe bleibt er die bezüglichen Zitate allerdings schuldig). Die Sowjetregierung vertritt in ihrer Außenpolitik einen arbeiterfeindlichen Kurs. (Zwischenrufe: Sowjetgranaten, genau so wie der „Vorwärts“.) Auf dem Brüsseler Kongreß habe die Komintern ihr Gesicht nicht gezeigt, die Führung Lohr überlassen.“

Der Redner der Weber-Gruppe verwarf „Bucharins Meinung über die Möglichkeit der Verteidigung der Vaterlandsverteidigung im Jahre 1923“. Deutlich gesagt, die Theorie des Hand-in-Hand-Arbeitens von Hakenkreuz und Sowjetstern aus dem Jahre 1923, die die Grundlage der Sowjetgranatenbeziehungen ist.

Die Opposition, die sich gegen das Doppelspiel der Sowjetregierung und der KPD. richtet, wird auch auf dem Reichsparteitag vertreten sein. Die „Rote Fahne“ teilt über den Ausgang des Bezirksparteitages mit:

„Abstimmungsergebnis über die Resolutionen:
Für das 3. A. 140 Stimmen, für die Orglewitz-Resolution 21 Stimmen, für die Weber-Resolution 9 Stimmen. Somit wird der Berliner Bezirk auf dem Reichsparteitag mit 23 Delegierten, die auf dem Boden der Zentrale stehen, 3 Delegierten der Orglewitz-Gruppe und 1 Delegierten der Weber-Gruppe vertreten sein.“

Die neue Bezirksleitung wurde gegen 28 Stimmen bei einer Stimmenthaltung gewählt.

Mit einem Hoch auf die kommunistische Internationale und auf die Weltrevolution wurde der Parteitag geschlossen.“

Trotz der diktatorischen Unterdrückung der Opposition regt sich die Empörung über die Sowjetgranaten!

Die Mietpreiserhöhung.

Der Reichsarbeitsminister wünscht Lohnerhöhungen.

In dem heute früh veröffentlichten Entwurf einer Verordnung der Reichsregierung über die Erhöhung der Wohnmieten ist eine solche Erhöhung nicht nur zum April, sondern auch schon zum Oktober vorgesehen. Wie offiziös mitgeteilt wird, will man schon jetzt auch die Oktobererhöhung festlegen, weil der Reichsarbeitsminister dringend gewünscht hat, daß bei den alljährlich im Frühjahr vor sich gehenden Lohnverhandlungen der Arbeiter mit den Unternehmern beide Teile genau übereinstimmen können, wie sich die Ausgaben für Wohnung im neuen Wirtschaftsjahr und damit auch in der Geltungszeit der neu abzuschließenden Tarifverträge gestalten werden. Aus diesem Wunsch des Reichsarbeitsministers kann man logischerweise nur den Schluß ziehen, daß er eine Berücksichtigung dieser Mietpreiserhöhungen in den neu abzuschließenden Tarifverträgen für unerlässlich notwendig hält. Man wird also auch annehmen müssen, daß er seine Schlichter entsprechend anweisen wird!

Sowohl für die April- wie für die Oktobererhöhung sieht der Verordnungsentwurf Maßnahmen nicht vor, die eine Sicherung dafür schaffen würden, daß diese Erhöhungen nicht allein in die Taschen der Hausbesitzer fließen, sondern auch zum Bau neuer Wohnungen verwendet werden. Dabei begründet die Reichsregierung ihren Verordnungsentwurf damit, daß man die Mieten weiter erhöhen und möglichst bald überhaupt zur Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft, soweit sie noch besteht, kommen müsse, um einen stärkeren Wohnungsneubau zu sichern. Diefelbe Reichsregierung aber tut nicht das Geringste, um die Verwendung der Mieterhöhungen für den Wohnungsneubau zu sichern; sie beschränkt sich auf den lehrstuhlförmigen Wunsch, daß eine solche Verwendung stattfinden möge! Wie die große Masse der Erwerbslosen, der Kleinrentner, der nichtpensionierten Kriegesbeschädigten und der anderen kümmerlichen Existenzen die neuen Mieterhöhungen aufbringen sollen, das scheint nicht die Hauptfrage der Reichsregierung zu sein, wenn nur die Hausbesitzer noch mehr müheloses Einkommen erhalten.

Berühmend wird erklärt, daß nach der Oktobererhöhung und bis zum 1. April 1928 keinesfalls eine weitere Mieterhöhung eintreten werde, weil mit den jetzt verordneten Erhöhungen die Vorschriften des Aufwertungsausgleichsgesetzes erfüllt seien.

Vor einer Neuauflage des Landauprozesses?

Französische Gendarmen verhaften deutsche Arbeiter.

Germersheim, 24. Februar. (WZB.) Von der französischen Gendarmerie wurden zwei hiesige Arbeiter in ihrer Wohnung verhaftet. Die beiden hatten am 20. Februar in der Wirtschaft „Zum Baum“ an einem Bergnügen teilgenommen, auf dem es zu einer Krawalle mit einem Algerier und einem als gewalttätig bekannten Sergeanten eines französischen Infanterieregiments gekommen war.

Beginn des Jürgens-Prozesses.

Landgerichtsdirektor Jürgens sagt, er sei unschuldig!

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Bombe begann heute morgen der Prozeß gegen Landgerichtsdirektor Jürgens und seine Ehefrau. Im Hinblick auf kommunistische Demonstrationen gegen Jürgens, die vor einigen Tagen in Raabitz stattgefunden hatten, waren im Gerichtsgesamtsgebäude besondere Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden, um irgendwelche Kundgebungen zu verhindern. Der Vorplatz vor dem Schwurgerichtssaal im neuen Kriminalgerichtsgesamtsgebäude war, was bisher noch nie der Fall war, gänzlich abgesperrt, um Ansammlungen unmöglich zu machen.

Kurz vor 9 Uhr wurden die Angeklagten in den Saal geführt. Beide Eheleute sind noch immer in den Krankenabteilungen des Untersuchungsgefängnisses untergebracht. Jürgens, der sich zuerst schon im Saale umfaß, dann aber mit etwas gezwungenem Wächeln sich seinen Verteidiger zuwandte, ist in der Haltung körperlich sehr heruntergekommen und hat bleiche, eingefallene Gesichtszüge. Ebenso sieht auch seine Frau, die ihn erst nach einer ganzen Weile mit einem kurzen Händedruck begrüßt, außerordentlich schlecht aus. Bis zur Eröffnung der Sitzung unterhielten sich beide Angeklagte, ohne sich viel um die übrigen Prozeßbeteiligten und Zuschauer zu bekümmern, mit ihren Verteidigern. Die Anklage wird von Oberstaatsanwalt Jordan (Stargard) und dem vom Justizministerium zu seiner Unterstützung bestimmten Staatsanwalt Weiß (Stettin) vertreten.

Kurz nach 9 Uhr erschien das Gericht, dem auch eine Dame als Geschworene angehört. Nach Erledigung der Formalitäten schritt der Vorsitzende zunächst zur Personalübernahme der Angeklagten. Mit lauter Stimme, beinahe geschäftsmäßig, gab Jürgens seine Personalien ab, seinen Beruf mit „Landgerichtsdirektor Berlin“ betonend. Er stammt aus Westfalen, während seine Gattin eine Rheinländerin ist. Darauf wurden die übrigen Formalitäten, der Eröffnungsbeschluss verlesen, der Landgerichtsdirektor Jürgens und seiner Ehefrau Reineid, Betrug an der Stettiner Feuer-Sozietät, an 22 Geschäftsleuten in Stargard und einige andere Vergehen in Kassel und Stargard, sowie Betrug in Kolberg vorwirft. Vorf.: Bekennen Sie sich schuldig?

Eine Erklärung des Angeklagten.

Landgerichtsdirektor Jürgens erhob sich darauf und gab, teilweise in großer Erregung, folgende Erklärung ab: Meine Herren Richter, wer meine Lebensauffassung kennt, wird es verstehen, daß es mir widerstrebt, zu der Anklage und zu den Behauptungen, die mir unterworfen werden, Stellung zu nehmen. Ich muß es aber tun, denn ich stehe hier als Angeklagter vor Gericht. Ich bin unschuldig, meine Herren Richter und erkläre, daß mich auch eine moralische Schuld an dem Drama, das sich hier vor Ihren Augen abrollen wird, nicht drückt. Der Prozeß gegen Landgerichtsdirektor Jürgens und seine Frau ist ja aus ganz anderen Motiven, aus politischen Gründen, aufgezo-gen worden, zunächst viel-

leicht aus dem Grunde, weil es so bequem erschien, auf diesem Wege der Justiz etwas am Zeuge sitzen zu können. Ich habe mir nichts zu schulden kommen lassen, weder als Privatmann noch als Richter. Mein Dienst, wo ich auch immer gewesen bin, war nichts anderes, als Erfüllung der mir auferlegten Pflichten. Darüber sagen meine Zeugnisse wohl genug. Herr Vorsitzender, als Jurist sage ich dem Gericht schon jetzt, hier liegt eine Reihe schwerer Justizirrtümer vor, und es ist Pflicht des Gerichtes, diese abzuklären, um auf den Kern der Sache kommen zu können. Ich selbst werde mich bemühen, in dieser ganzen Verhandlung sachlich und objektiv zu bleiben, um Ihnen alle gewünschten Erklärungen geben zu können. Als Jurist sage ich Ihnen weiter, daß auch meine Frau im strafrechtlichen Sinne unschuldig ist. Sie haben das Buch meines Lebens vor sich liegen. Gehen Sie mit uns Seite für Seite durch, und Sie werden finden, daß weder meine Frau noch mich irgendeine Schuld trifft. Vorf.: Was haben Sie zu sagen, Frau Jürgens? Angekl.: Ich bin unschuldig, es ist eine politische Hege gegen uns beide angezettelt worden.

Die Vernehmung der Frau Jürgens.

Der Vorsitzende ging daraufhin nach der Anklage des Vorlesens der Frau Jürgens durch, wenigstens soweit es sich auf die Zeit vor ihrer Heirat mit Landgerichtsdirektor Jürgens erstreckt. Die Landgerichtsdirektorin Bombe darlegte, war Frau Jürgens in erster Ehe mit dem Fabrikanten Kugler in Kassel verheiratet, der ein wohlhabender Mann war, Anteile an gutgehenden Unternehmungen besaß, eine große Villa sein eigen nannte usw. Im Mai 1918 starb Kugler, und es kam nun zu einer Erbschaftsausschüttung zwischen Frau Jürgens und der Mutter ihres verstorbenen Mannes. Kurz danach trat Frau Jürgens mit der Cooperator-Gesellschaft in Berlin in Verbindung, der sie die Patente der Osenfabrik Kugler u. Gelbe, die dem verstorbenen Manne gehörte, zum Preise von 300 000 M. überließ. Von dieser Summe behielt Frau Jürgens die Hälfte. Die Anklage macht nun der Beschuldigten zum Vorwurf, daß sie ihrer Schwiegermutter diese Verkaufsverhandlungen verschwiegen und über den Eingang der Gelder im unklaren gelassen habe.

Frau Jürgens erklärte zunächst, daß ihre Schwiegermutter bei Lebzeiten ihres Mannes recht nett zu ihr gewesen sei, daß sich das aber nach dem Tode Kuglers geändert habe. Sofort nach der Verurteilung habe die Schwiegermutter erklärt: „Alles, was hier ist, das Haus usw. gehört mir, denn Karl schuldet mir 150 000 M. Du kannst ja in Stellung gehen, das machen jetzt viele Frauen.“ und auf den Vorhalt der Schwiegermutter, daß das doch sicher nicht im Sinne des Verstorbenen gelegen habe, hätte die Mutter erwidert: „Was er gewollt hat, ist mir egal, ich verlange mein Recht und mein Geld.“ Ich habe im Gegenteil meine Schwiegermutter gebeten, mit mir zu den Verhandlungen nach Berlin zu fahren. Bis zur Mittagspause wurde die eingehende Vernehmung der Angeklagten in dieser Angelegenheit fortgesetzt.

Der Stadthaushalt für 1927.

Zunahme noch 37 Millionen ungedeckt.

Das Nachrichtenamt des Magistrats meldet: „Der Magistrat hat den Haushalt für 1927 in zweiter Lesung verabschiedet. In dem Bemühen, einen Ausgleich herbeizuführen, haben besonders dafür eingeschaltete Ausschüsse des Magistrats in zahlreichen Sitzungen die Möglichkeit weiterer Einschränkungen der Ausgaben geprüft, und der Magistrat hat auf ihren Vorschlag immer weitere, im einzelnen vielfach sehr bedauerliche Streichungen vorgenommen. Gleichwohl schließt der Haushalt annähernd in zweiter Lesung mit einem ungedeckten Fehlbetrag von 37 Millionen ab. Der Magistrat wird am nächsten Mittwoch nach gemeinsamer Beratung mit den Bezirksbürgermeistern in dritter Lesung endgültig Beschluß darüber fassen, in welcher Weise die Deckung für den Fehlbetrag beschafft werden muß. Da weitere Streichungen in den Ausgaben nicht mehr möglich erscheinen, muß leider mit einer Erhöhung der Gemeindesteuern und zwar wahrscheinlich der Realsteuer gerechnet werden.“

Internationale Luftfahrtausstellung 1928.

Militärische Einflüsse.

Am 25. Februar tritt im Berliner Verkehrsministerium seit langer Zeit wieder zum ersten Male der Luftfahrt zusammen. Gegenstand der Verhandlungen wird in der Hauptsache die Besprechung der von der Flugzeugindustrie geplanten Internationalen Luftfahrtausstellung sein, die im Frühjahr 1928 in Berlin veranstaltet werden soll. Das Verkehrsministerium, in dessen Haushalt für das Rechnungsjahr 1927/28 eine Position von 2 Millionen für Wettbewerbe und Ausstellungen figuriert, hat in dieser Frage noch nicht endgültig Stellung genommen, insbesondere wohl deshalb, weil unkontrollierbare militärische Einflüsse am Werke waren, die aus durchsichtigen Gründen an dem internationalen Charakter der projektieren Ausstellung Anstoß nahmen und die sogar der lächerlichen Befürchtung Ausdruck gaben, im Ausland würde mit einer solchen Ausstellung bisher wohlgehaltene technische Geheimnisse preisgegeben werden. Diese Ansicht ist schon darum irrig, weil die ausländischen Fachzeitschriften in jeder Beziehung über die Fortschritte der deutschen Flugtechnik wie auch über Fabrikationsmethoden im einzelnen unterrichtet sind. Man darf also annehmen, daß die fremden Generalstäbe nicht darauf angewiesen sind, auf die Gelegenheit einer internationalen Schau zu warten, um sich über deutsche Luftfahrtverhältnisse zu unterrichten, zumal am Grund des Pariser Luftfahrtabkommens vom 26. Mai 1926 solche Ausstellungen in Deutschland auch vom Ausland her nur mit Handels- und Sportflugzeugen, keineswegs mit Kampfflugzeugen besichtigt werden können. Es ist also zu hoffen, daß sich der Standpunkt der Flugzeugindustrie, der in diesem Falle mit dem des freigewerkschaftlichen Deutschen Verkehrsverbandes, der Spitzenorganisation der in der Luftfahrt tätigen Arbeiter und Angestellten, identisch ist, gegenüber den eingangs erwähnten militärisch-bureaucratischen Einflüssen durchsetzen werde.

Autounfall Guido Thielscher.

Bei einem Kraftfahrzeugzusammenstoß an der Ede Kurfürsten- und Hoffstraße wurde gestern nacht der bekannte Berliner Schauspieler Guido Thielscher aus der Jenastr. 10 im Gesicht verletzt. Thielscher wurde zur nahegelegenen Rettungsstelle 7 gebracht, von wo er nach Anlegung eines Rotverbandes nach seiner Wohnung entlassen werden konnte. — Ein schwerer Zusammenstoß zwischen drei Kraftfahrzeugen trug sich heute vormittag gegen 10 Uhr an der Ede Bismarck- und Kaiser-Friedrich-Straße in Charlottenburg zu. Ein von Reichs-Kanzlerkapf kommender Privatkraftwagen stieß mit einem aus der Koller-Friedrich-Straße einbiegenden Geschäftsauto mit voller Wucht zusammen. Der Privatkraftwagen wurde auf den Bürgersteig geschleudert. Ein in diesem Augenblick die Unfallstelle passierendes Motorrad geriet unter den Kraftwagen und wurde völlig zertrümmert. Der Führer des Geschäftsautos, ein 34-jähriger Herrmann R. aus der Wilhelmstr. 2, und der Motorradfahrer, der 36-jährige Alfred Th. aus der Referatstraße zu Neufölln, mußten durch das Rettungsteam in schwer-

verletztem Zustande in das Krankenhaus Westend übergeführt werden. Die alarmierte Feuerwehr nahm die Aufräumungsarbeiten vor. Alle drei Fahrzeuge waren so schwer beschädigt, daß sie abgeschleppt werden mußten.

Gegen die Lockerung des Mieterschutzes!

Eine Kundgebung in Wilmerdorf.

Zu einem „Republikanischen Abend“ versammelten sich gestern die Parteigenossen von Wilmerdorf in der Wilhelmstraße 117. Der Kampf gegen die Lockerung des Mieterschutzes, gegen Bürgerblock und Hausbesitzerprofi, so lautete die Tagesordnung, über die Genosse Landgerichtsdirektor Ernst Kuben referierte. Wohl habe, so führte der Redner aus, die Weimarer Verfassung das Privateigentum anerkannt, aber Absatz 3 des Artikels 153 bestimme, daß der Gebrauch des Eigentums Dienst sein soll am allgemeinen Besten. Dem würden die Hausbesitzer nicht gerecht; rücksichtslos hätten sie schon während des Krieges die Familien der Frontkämpfer auf die Straße gesetzt. Jetzt schimpfe man auf den Mieterschutz, weil dieser den Wohnungsbau behindere. Dabei unterdrücken aber Neubauwohnungen gar nicht den Mieterschutz. Das Volk habe ein Recht auf den Grund und Boden, der sich heute im Besitz von 8 Proz. der Bevölkerung befinde. Die hierüber-Berordnung vom November habe den einen Vorteil, daß sie aufklärend wirke; freilich dürfe man allzuviel Hoffnung auf den Spiegel nicht setzen. Bis zur nächsten Wahl würde er womöglich vergessen, was man ihm angetan hat. Höchst demagogisch sei der deutsch-nationale Antrag, Schlichtungsstellen zu gründen, an deren Spitze dann Männer vom Schlage Labendorfs ständen. Auch Industrie, Großgrund- und Hausbesitzer müßten als Inflationsgewinner opfern und bezahlen. Heimatgefühl müßte ins Volk getragen, die Militär weniger durch ein öffentliches soziales Mietrecht gebrochen werden. Gerade jetzt habe der Bürgerblock Gelegenheit, das Hindenburgwort wahr zu machen, daß jeder Kriegsteilnehmer seine eigene Heimstätte habe. Mit einem Appell an die Frauen, gerade in der Frage des Mieterschutzes mitzuwirken, endete der Referent unter ausdauerndem Beifall seinen Vortrag.

In der Diskussion erklärte ein Vertreter des Verbandes gefühdigter Labendorfer, daß der Mittelstand ermahnt sei. Treue Deutsch-nationale hätten am Landtag nach der Abstimmung vom 18. Februar ihre Mitgliedskarten von den Tribünen heruntergeworfen. Landtagsabgeordneter Genosse Heidemann führte aus, die Sozialdemokratie würde immer auf Seiten der Unterdrückten stehen. Aber die Frage sei jetzt, ob der Mittelstand nicht doch wieder einschlagen würde. Aufzuklären im Sinne der Sozialdemokratie und einer wirklich freien Republik, das sei unsere Aufgabe. Mit einem Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie schloß die eindrucksvolle Kundgebung.

Zeugen gesucht! Am 28. Dezember v. J. morgens gegen 8 Uhr glitt eine ältere Frau vor dem Hause Filandstraße 4a in Stieglitz aus und brach den rechten Arm. Der junge Mann, von Beruf Zimmermann, welcher die Frau zum Arzt führte, wird gebeten, seine Adresse an Frau Dr. L. Stieglitz, Filandstraße 4a v. 2. links, abzugeben.

Elterncratswahl in Hermsdorf. Am Sonntag, dem 27. Februar, findet in Hermsdorf die Elterncratswahl für die Volksschule statt. Das Wahllokal ist das Turnhallegebäude. Wahlzeit ist von 10 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags. Alle, die die Schule mit neuem Geist erfüllen wollen, werden ersucht, ihre Stimme der Liste „Freidenker“ zu geben.

Wahnsinnstafel einer Mutter. In Prag warf eine Beamtenfrau ihren vierjährigen Sohn aus ihrer im zweiten Stockwerk befindlichen Wohnung in einem Wahnsinnsanfall zum Fenster und landete in einer Wohnung in einem Wahnsinnsanfall zum Fenster toten Knaben auf und brachte ihn ihrem Manne, der gerade aus dem Schlaf erwachte.

Eine öffentliche Mietersammlung findet in Weihenstephan heute abend 7 1/2 Uhr, in den Borna-Bezirk, Berliner Allee 210, statt. Landgerichtsdirektor Ernst Kuben wird über den Kampf um den Mieterschutz alle Interessierten eingeladen.

Bezirksbildungsamt. Am Freitag, dem 25. Februar, abends 7 1/2 Uhr, findet im Abgeordnetenhaus, Prinz-Albrecht-Straße, die zweite Konferenz statt. Genosse Dr. Löwentheim spricht über „Bürgerliche und sozialistische Kulturpolitik“. Alle in der Parteiarbeit Tätigen sind hierzu eingeladen.

Die Reichsbahn organisiert Katastrophen.

Sie überlastet Eisenbahner und Arbeitsmarkt.

Welch unerhörte Arbeitszeitverhältnisse bei der Reichsbahn vorherrschen, zeigt am deutlichsten der Betriebs- und Verkehrsdienst. In ihm verteilte sich die planmäßige Dauer der Arbeits- und Schichtzeit nach der Statistik der Reichsbahngesellschaft auf das Gesamtpersonal (insgesamt 425 018 Beamte und Arbeiter) wie folgt:

Dauer der Arbeitszeit wöchentlich bis 48 Stunden 3,6 Proz. des Personals, 49 bis 53 Stunden 17,9 Proz., 54 Stunden 48,9 Proz. und 55 bis 60 Stunden 29,4 Proz. Nach dieser Dienst- und Schichtzeit müssen 125 324 Eisenbahner das ganze Jahr wöchentlich 34 bis 60 Stunden arbeiten. Davon haben eine wöchentliche Arbeitszeit von 57 bis 60 Stunden 74 154 Personen = 21 Prozent dieses Personals.

Die Dauer der Schichtzeit wöchentlich bis 54 Stunden erfasst 17 Proz. des Personals, 55 bis 60 Stunden 34,4 Proz., 61 bis 72 Stunden 41,27 Proz., 72 bis 93 Stunden 7,25 Proz. Diese Arbeits- und Schichtzeiten verteilen sich dienstplanmäßig in der Regel auf die ganze Woche einschließlich Sonntag.

Während in Deutschland den übrigen arbeitenden Menschen in der Regel 52 Sonntage und eine Anzahl anderer Feiertage zur Erholung zur Verfügung stehen, müssen nach dieser Statistik 3244 Eisenbahner das ganze Jahr durchschnittlich täglich — einschließlich Sonntags- und Feiertage — 14 bis 15½ Stunden zur Verfügung der Reichsbahngesellschaft stehen und haben in der Regel nur 39 Ruhetage jährlich. Nach der genannten Statistik haben 118 415 Beamte und Arbeiter der Reichsbahn jährlich weniger als 52 Ruhetage. Davon haben 38 000 nur 39 Ruhetage von durchschnittlich 32 Stunden. Die täglichen Ruhezeiten sollen beim stationären Personal mindestens 8, beim Zugpersonal mindestens 10 Stunden betragen. Diese Ruhezeiten können jedoch nach den Dienstvorschriften auf 6 bzw. 5 Stunden herabgesetzt werden! 53 112 Eisenbahner haben weniger als 16 Ruhetage; sie haben also günstigerfalls jeden dritten Sonntag frei! So werden Katastrophen organisiert, Eisenbahnkatastrophen und soziale Katastrophen, wie die gegenwärtige Arbeitslosigkeit.

Sür den Achtsundentag.

Ein Appell der Funktionäre des Verkehrsbundes.

Die Berliner Ortsverwaltung des Verkehrsbundes hatte zu Mittwochabend nach dem Gewerkschaftshaus eine Versammlung ihrer sämtlichen Funktionäre einberufen, die außerordentlich stark besucht war. Der Genosse Oltersdorf hielt zunächst ein sehr gut ausgearbeitetes Referat über den Arbeitsschutzgesetzentwurf. Seine heftig aufgenommenen Ausführungen klangen darin aus, endlich den parteipolitischen Streit in den Gewerkschaften einzustellen und in altdemokratischer Solidarität wieder Schulter an Schulter gegen das einseitige Unternehmertum zu kämpfen, welches nur allein die Früchte des Bruderschwitzes in der Arbeiterkassette erntet.

Es war für jeden Gewerkschaftler eine stille Freude, zu hören, wie sachlich und befruchtend eine längere Diskussion auch unter Beteiligung von Kommunisten geführt werden kann. Der letzte kommunistische Diskussionsredner versuchte allerdings, nach eine politische Giftgasbombe in die Versammlung zu werfen, die aber ihre Wirkung verfehlte. Die eindrucksvoll verlaufene Versammlung nahm zum Schluss einstimmig eine Entschließung an, in der gegen die sozialpolitische Reaktion der Bürgerblockregierung protestiert wird und in der es weiter heißt:

Die skandalösen Schiedsprüche, die Verschleppung des Notgesetzes für den Achtsundentag, die schändliche Farce des sogenannten Arbeitsschutzgesetzentwurfes müssen sich in Anbetracht der dauernden Massenarbeitslosigkeit zu einem neuen Verbrechen am Volke auswirken. Wir richten deshalb als Funktionäre an die Kollegen in den Betrieben den Appell:

Nebst Solidarität gegenüber euren darbenden erwerbslosen Arbeitsbrüdern, kämpft mit uns gegen das Ueberstundenunwesen. Kämpft für die kommenden schweren Kämpfe um Erhöhung der Löhne und den Achtsundentag. Gebot, im Betriebe, in den Lokalen, auf der Straße, allüberall zu agitieren und zu werden für eure Berufsorganisation, den Deutschen Verkehrsbund, nur so werden wir, einzig im Willen, hart in der Tat, unserem Kampfe den Erfolg verbürgen!

Ebenfalls einstimmig angenommen wurde eine Entschließung, die gegen den Massenwiderstand der unterdrückten Chinesen protestiert und die Kampfmaßnahmen der Schanghai Gewerkschaften begrüßt.

Zum Schiedspruch im Bankgewerbe.

Ueber die Auswirkungen des erstern in später Nachtstunde im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruchs für die Bankangestellten erfahren wir folgendes: Außer der Gehaltserhöhung von 7½ Proz. soll jeweils zu Weihnachten eine Gratifikation in Höhe eines halben Monatsgehalts durch die Banken gezahlt werden, wodurch eine frühere Bestimmung im Manteltarif wieder hergestellt wird. Wenn diese Gratifikation auch nicht in der früheren Höhe wieder festgelegt ist, so sollen doch die Bankangestellten einen Rechtsanspruch auf diese Gratifikation haben, unabhängig davon, ob sie zu der Zeit, wo die Gratifikation fällig ist, im Betrieb noch tätig sind oder nicht.

Die Bestimmung über die Arbeitszeit ist nicht nur hinsichtlich der Bezahlung der vorgesehenen Heberarbeit, sondern vor allem auch wegen der Festsetzung der Heberarbeit nicht annehmbar. Wenn auch durch den Schiedspruch die 48-Stunden-Woche „grundsätzlich“ festgelegt ist, so kann doch die Bankleitung „in Bedarfsfälle“ die Arbeitszeit bis zu 51 Stunden verlängern, ohne daß die Betriebsvertretung den Bedarfsfall vernennen kann. Es ist weiter untragbar, daß der gesamte Schiedspruch bis zum 1. März 1928 gelten soll. In Anbetracht der bevorstehenden Mieterhöhung und der dauernden Verteuerung sämtlicher Lebensmittel und Bedarfsartikel können sich die Bankangestellten unmöglich mit dem Abschluß eines Gehaltsabkommens auf ein Jahr abfinden.

Reichskonferenz der Arbeitsnachweisangestellten.

Der Zentralverband der Angestellten veranstaltet für seine Reichsgruppe Arbeitsnachweisangestellte am 27. Februar in seinem Erholungsheim Bad Finkenmühle im Schwarzwald eine Reichskonferenz der Arbeitsnachweisangestellten. Auf dieser Konferenz wird zu den drängenden Fragen des Arbeitsnachweiswesens, der Arbeitslosenversicherung und der Stellung des Personals in den Arbeitsnachweisen Stellung genommen werden. Die zu fassenden Beschlüsse werden für die Weiterentwicklung der Gesetzgebung und Verwaltung auf diesem Gebiete von besonderer Bedeutung sein.

Der Tarifvertrag in der Herrenkonfektion.

Die in der Berliner Herrenkonfektion beschäftigten Schneider, Zuschneider und Zuschneiderinnen beschäftigten sich in ihrer Branchenversammlung am Montag in den Residenzfällen mit der Verbindlichkeitsklärung des letzten Schiedspruchs für die gesamte Herrenkonfektion. Genosse Kugebach vom Deutschen Bekleidungsarbeiterverband gab noch einmal einen Rückblick auf die Einleitung dieser Lohnbewegung, die nach ergebnislosen Verhandlungen mit den Unternehmern zunächst mit einem Schiedspruch endete, der neben der Lohnherabsetzung von 3 bzw. 8 Proz. und einigen anderen Verbesserungen die Eingruppierung der an Spezialmaschinen arbeitenden Frauen brachte. Diese letzte im Schiedspruch vorgesehene Regelung hat auch hauptsächlich bewirkt, daß der Schiedspruch durch die im Reich vorgenommene Abstimmung von den Bekleidungsarbeitern und -arbeiterinnen angenommen wurde. Zweifellos war die Regelung der Frauenarbeit an den Spezialmaschinen gegenüber dem bisherigen ungerechten Zustand ein Fortschritt, der die geringen Mängel des Schiedspruchs aufwog. Infolgedessen wurde auch vom Bekleidungsarbeiterverband, nachdem die Unternehmer den Schiedspruch abgelehnt hatten, seine Verbindlichkeitsklärung beantragt.

In den Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium stellten die Vertreter der Arbeiter den Antrag, einige Bestimmungen des Schiedspruchs zu streichen, die für die Arbeiterschaft untragbar seien und auf deren Beseitigung die Organisation beim Ablauf des Tarifs dringen würde, wenn sie jetzt trotz des Einspruchs verbindlich erklärt würden. Die Unternehmer beantragten die Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung, da der Schiedspruch für sie nicht nur wegen der darin ausgesprochenen Lohnherabsetzung, sondern überhaupt untragbar sei. Der Schiedspruch wurde trotz des Sträubens der Unternehmer für verbindlich erklärt, mit Ausnahme der Bestimmungen über die Eingruppierung der Frauen und der Zulassung neuer Serien für einige Sorten. Im letzteren Falle hätte die Verbindlichkeitsklärung eine nicht unerhebliche Verschlechterung für die Arbeiterschaft der betreffenden Orte bedeutet, im ersten Falle jedoch die erstrebte Verbesserung eines auf die Dauer unhaltbaren Zustandes. Die Parteien einigten sich jedoch dahin, daß die kritisch gedachten Punkte bald wieder verhandelt und eine Einigung erstrebt werden soll.

Genosse Kugebach betonte, daß die Organisation alles daran setzen wird, die Frauenarbeit an den Spezialmaschinen tariflich zu regeln. Wenn bei in Aussicht gestellten Verhandlungen eine zufriedenstellende Regelung nicht getroffen werden sollte, wird beim Ablauf des Tarifs kein Mittel unversucht bleiben, um diese Forderung durchzusetzen. Von der Agitation der Verbandsmitarbeiter für die Organisation und dem Erfolg dieser Agitation wird es abhängen, ob die Forderung durchgesetzt wird oder nicht. Er forderte zum Schluß die Versammelten auf, in allen Betrieben die Nachzahlung der Lohnzulage zu verlangen, die rückwirkend bis zur Lohnwoche, die auf den 31. Januar folgt, festgesetzt ist. Nach einer kurzen Diskussion über den Bericht gab der Branchenleiter Genosse Albe noch bekannt, daß für die Gummikonfektion das Lohnabkommen bestätigt worden ist und über die Verhandlungen in der Knaben- und Burschenkonfektion in einer Versammlung der in dieser Branche Beschäftigten am nächsten Donnerstag berichtet werden wird.

Zwei Schiedsprüche im Kreise Solingen.

Köln, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im unteren Kreise Solingen sind in der Metallindustrie zwei Schiedsprüche gefällt worden, von denen der eine den bisherigen Rahmentarif bis zum 31. Juni 1927 verlängert, während der zweite Spruch die Löhne von der laufenden Lohnwoche ab um 6 Proz. erhöht. Das letztere Abkommen kann mit 14tägiger Frist erstmalig zum 30. Juni 1927 gekündigt werden. Der Arbeitgeberverband hat beiden Schiedsprüchen zugestimmt, während die Gewerkschaften den Lohnspruch angenommen, den Spruch über die Verlängerung des Rahmentarifs aber abgelehnt haben. Die Arbeitgeber haben die Verbindlichkeitsklärung des letzteren beantragt.

„Bedauerlicher Mitgliederrückgang.“

Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Schuhmacher schreibt uns bezüglich unserer Anmerkung zum Bericht in Nr. 82 des „Vorwärts“:

Der Mitgliederrückgang ist eingetreten teils im 2. Quartal auf Grund der langandauernden Erwerbslosigkeit einer sehr großen Zahl von Mitgliedern, von denen viele in andere Industriezweige abgewandert sind oder ihre Mitgliedschaft verfallen ließen, teils im 4. Quartal als Folge der Erhöhung und Neugruppierung der Beitragszahlung, die ab 1. Oktober 1926 lediglich bemessen wird nach dem Alter des Mitgliedes, ohne Rücksicht auf die Höhe des Verdienstes. Der Rückgang der Mitgliedschaft ist somit zurückzuführen auf wirtschaftliche Verhältnisse und organisatorische Neuerungen und nicht, wie die „Nachschrift der Redaktion“ irrtümlicherweise annimmt, infolge der „Gewerkschaftspolitik der derzeitigen Ortsverwaltung“. Dieser so entstandene Rückgang braucht deshalb nicht bedauert werden (!) und wird auch in der Tat weder von der Ortsverwaltung des Schuhmacherverbands noch von der der Organisation treu gebliebenen Mitgliedschaft bedauert (!); da er Folgeerscheinung von Umständen ist, die von der Zahlstelle Berlin nicht geändert werden können (!).

Die „Nachschrift der Redaktion“ spricht dann weiter von einer allgemeinen Steigerung der Mitgliederzahlen in den Gewerkschaften und folgert aus dem Rückgang im Schuhmacherverband ein Verschwinden der kommunistischen Ortsverwaltung. Demgegenüber muß

hervorgehoben werden, daß in Berlin wenige durch sozialdemokratische Ortsverwaltungen geleitete Gewerkschaften vorhanden sind, die ein ähnliches Verhältnis der Mitgliederzahlen zur Zahl der im Beruf Beschäftigten aufweisen können, wie dies der Schuhmacherverband in der Lage ist. Nach dem Geschäftsbericht der Ortsverwaltung waren in den Berliner Schuhfabrikbetrieben im Dezember 1926 beschäftigt etwa 4800 gewerbliche Arbeiter, von denen etwa 3200, rund 70 Proz., Mitglied der Gewerkschaft sind.

Ein weiterer Beweis für die Richtigkeit der oben angeführten Tatsachen ist die Verteilung der Mitglieder auf die einzelnen Beitragsklassen vor und nach der Neuregelung der Beitragsentrichtung. Im ersten Quartal, dem höchsten Mitgliederstand des Jahres 1926, wurden Mitgliedsbeiträge in der höchsten Beitragsklasse 37½ Proz. im vierten Quartal dagegen 54½ Proz. aller entnommenen Beitragsmarken entrichtet, gegenüber 62½ Proz. bzw. 45½ Proz. in den übrigen vier Beitragsklassen. Die Gesamtzahl der überhaupt entnommenen Beiträge ist im 4. Quartal um rund 40 Proz. höher als im 1. Quartal, trotz der gesunkenen Mitgliederzahl.

Der Rückgang der Mitglieder ist fast ausschließlich bei den weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen, die von den gewerkschaftlichen Ideen noch nicht durchdrungen sind, um den Willen aufzubringen, die ihnen durch den Verbandstag auferlegten Opfer zu tragen. Die kommunistische Ortsverwaltung hat es sich zur Aufgabe gestellt, diese Abtrünnigen zu überzeugten gewerkschaftlichen Kämpfern zu erziehen. Wenn dabei die sozialdemokratischen Mitglieder behilflich sein wollen, ist es der Ortsverwaltung sehr erwünscht. Von einer „Unbedachtsamkeit Andersdenkender“ kann im Schuhmacherverband keine Rede sein (!). Jeder, der es ehrlich meint, wird im Schuhmacherverband geachtet und kann in den Versammlungen seine Ansicht vertreten, auch wenn sie sich nicht mit denen der Ortsverwaltung oder der Mehrheit der Mitgliedschaft deckt.

Anmerkung der Redaktion: Wir nehmen an, daß diese Ankündigung in der Zukunft auch eingehalten wird. Was den prozentualen Mitgliederstand betrifft, so macht sich die Ortsverwaltung die Sache sehr leicht. Sie sucht sich sozuzulegen die Kopfen aus dem Kuchen heraus. Wie es in den Handwerksbetrieben aussieht, sagt sie nicht.

Der Reichstarif im Malergewerbe verlängert.

Der nun schon seit 1910 bestehende, inzwischen natürlich wiederholt reformierte Reichstarifvertrag im Malergewerbe, der am 15. Februar abgelaufen war, ist soeben vom gleichen Zeitpunkt an bis 15. Februar 1928 verlängert worden. Dabei wurde ein Nachtrag vereinbart, durch den u. a. gewissen Umständen infolge Beschäftigung ungeeigneter, ungelerner Arbeiter beim Anstrich von Eisenkonstruktionsarbeiten gefertert werden soll. Weitere Vereinbarungen betreffen die Eingruppierung gegen tarifwidrige Lohnberechnungen, die Funktionen der örtlichen Tarifinstanzen ohne Unparteilichkeit, die Bezahlung der mit Maler- und Anstreicherarbeiten in nicht zum Malergewerbe gehörenden Betrieben Beschäftigten usw.

Auch zur Lohnfrage wurde Stellung genommen und dabei vereinbart, daß zwar zunächst das bestehende Lohnabkommen nebst seiner Klausel, die unter gewissen Umständen eine Erhöhung der Tariflöhne vorsieht, bestehen bleibt. Jedoch soll besonders auch die kommende W'erböhung berücksichtigt werden und darum demnächst eine weitere Regelung der Löhne durch das Haupttarifamt erfolgen.

Lohnbewegung im rheinischen Gastwirtsgerber.

Köln, 23. Februar. (Mit.) Die im Gastwirtsgerber bereits seit einiger Zeit bestehenden Differenzen haben nunmehr dazu geführt, daß der Zentralverband der hotels-, Restaurant- und Café-Angestellten den noch bis zum 1. April gültigen Manteltarif gekündigt und dem Arbeitgeberverband seine neuen Forderungen überreicht hat. Es wird von dem Bedienungspersonal an Stelle des bisher üblichen Bedienungszuschlages von 10 Proz. ein Zuschlag von 15 Proz., von den Zimmertellern in den Hotels 1 Proz. des Zimmerpreises als Entlohnung gefordert. Diese Forderungen werden von den Arbeitgebern als ausfichtlos bezeichnet. Die Verhandlungen sollen in etwa drei Wochen beginnen.

Aus der Partei.

Der Generalsekretär der belgischen Sozialdemokratie befaßte sich mit der „Internationalen Arbeiterhilfe“. Die Genossen van Roosbroeck und de Brouckere erklärten die „Arbeiterhilfe“ als verkappte kommunistische Zellenorganisation, deren Hauptziel die Schädigung der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften ist. Nach einem Verteidigungsversuch des Genossen Ward wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Mitgliedschaft sowie die Mitarbeit oder Unterstützung der Arbeiterhilfe als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der belgischen Arbeiterpartei erklärt wird.

Sport.

Reit- und Jahrtturnier.

Der Mittwoch brachte der Veranstaltung sowohl am Nachmittag wie am Abend einen sehr guten Besuch. U. a. traten die Bewerber für den Preis des preussischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an, der als Materialprüfung für Reitpferde, als Preis von Ostpreußen ausgeschrieben war. Es blieben Sieger (dreibis vierjährige leichte Pferde) Geheimrat Stiers vierjähriger dunkelbrauner Wallach Coefficient (Frau v. Gottberg), (fünf- bis sechsjährige leichte Pferde) K. Reithes sechsjähriger Fuchswallach Phänomen (Bes.), (drei- bis vierjährige schwere Pferde) H. Hildsbergs vierjähriger dunkelbrauner Wallach Liborius (Bes.), (fünf- bis sechsjährige schwere Pferde) K. Müller-Bremens sechsjähriger Fuchswallach Paradiesvogel (Frau Althea Müller). Die Hengste aus Celle und Donabrück werden jetzt nachmittags stets im schwersten Zug und als Reit- und Springpferde gezeigt. Der Abend bringt immer spannende Momente, da bekanntlich bei fehlerfreiem Springen die Zeit entscheidet. Folglich gilt es oft, den Mistkurrenten um eine Sekunde zu schlagen.

Verantwortlich für: Politisch: Dietrich Schiff; Wirtschaftlich: G. Klingebiel; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ostern; Redaktion: Dr. John Schlotmann; Verlags- und Druckerei: Fritz Kerkhoff; Anzeigen: Th. Glöck; Vertrieb in Berlin: Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SB 68, Lindenstraße 7.

Feine neuzeitliche Möbel

sowie feine Möbel im Stil in reicher Auswahl

Wertvolle zweckdienliche Möbelformen, die möglichst nie veralten.

Künstlerische Beratung bei der Wahl der Stoffe und der Tapeten.

Ausstellung für Wohnkunst Tauentzienstraße 10, geöffnet 9—1 und 3—7 Uhr. Eintritt frei.

Besichtigung erbeten. — Drucksachen und die kleine Schrift „Rhythmus im Wohnraum“ kostenfrei.

Preiswürdigkeit — Zahlungserleichterung ohne Aufschlag.

Berlin C., Moikemarkt 6

W. Dittmar Möbelfabrik

Bettfedern Adolf Pohl

Dresdener Straße 15

(Parlamentsgebäude)



DER KLEINE BROCKHAUS

Preis M. 23,-

Auch in Ratenzahlung

Zu beziehen durch

J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.

Berlin SW. 68, Lindenstraße 2 (Abteilung Sortiment) und sämt. Vorwärts-Ausgabestellen

VERLANGEN SIE SONDERANGEBOTE!

Gegen 12 Monats Raten

Raddatz & Co.

Berlin, Leipziger Str. 122-123

Industrie- und Handelskammer zu Berlin

Kaufmännische Schulen

Ausbildung für jeden kaufmännischen Beruf in Handelsschulen mit gleich osenen Lehrgängen in lehres-, 1½- und 2-Jahreskursen sowie in einzelnen kaufmännischen Fächern. Auskunft und Prospekte

Berlin C 2, Neue F. I. d' r' chs' r. 53, 5, II.

„Tausend Wunder“

Das gute Magenpulver

bei allen Erkrankungen der Verdauungsorgane. Ernüchternd und befreiend nach Alkohol, Tabak und schweren Speisen. Wenn in nächster Apotheke nicht erhältlich, dann verwendet große Schachtel zu 3,50 die Adler-Apotheke am Weddingplatz, Berlin N 39, Altkönigsstraße 1.

Proben gegen Einsendung von 50 Pfg.